Nummer 405

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 70. Jahrgang. Freitag, 29. August 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und diese tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, „Welt und Wissen",
Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild", Illustrierte Wochenbeilage, Literarisch-künstlerische Beilage „Für den Salon" | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Sund, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Hanglemann, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1924 England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Peseten, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat August 1924 nach Oesterreich 200 000 Österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Für Manuskr. übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Die Entscheidung noch immer in der Schwebe.

Die Debatte über den Londoner Pakt ist auch gestern im Reichstag trotz vielstündiger, zum Teil recht lebhafter Erörterungen nicht zum Abschluß gebracht worden. Die Verhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen dauern eben noch fort und sind ja dadurch in ein neues Stadium getreten, daß die Volkspartei den Deutschnationalen offiziell ein schriftliches Angebot für die Umbildung des Kabinetts und Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung gemacht hat. Es muß natürlich das Ergebenis dieser Verhandlungen und die Stellungnahme der deutschnationalen Reichstagsfraktion dazu abgewartet werden.

Auch wird nicht ohne Einfluß bleiben, wie das Zentrum und die Demokraten sich zu dem Vorgehen der Deutschen Volkspartei stellen.

Die Sozialdemokraten scheinen beunruhigt zu sein und die Verhandlungen durchkreuzen zu wollen, damit nicht der Bürgerblock zustandekommt.

Alles, was über diesen Tatbestand hinaus gestern im Reichstage an optimistischen und pessimistischen Voraussagungen geleistet worden ist, dürfte reine Kombination gewesen sein.

Da die Regierung erst am Sonnabend in London unterschreiben will, so ist nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag bei ungeklärter Parteilage auch heute noch nicht zur Schlußabstimmung über den Londoner Pakt kommt. Denn es wird wohl der Deutschen Volkspartei wie den Deutschnationalen vorerst darauf ankommen, alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, ehe sie die Ausgleichsversuche als zwecklos aufgeben.

Dr. O.

•

Die Mitglieder der Deutschnationalen Reichstagsfraktion versammelten sich gestern Abend nach Schluß der Plenarsitzung zu einer informatorischen Besprechung, in der Beschlüsse nicht gefaßt wurden. Eine Fraktionssitzung wird heute vor Beginn der Vollsitzung stattfinden.

Den Gerüchten, daß die gestern mit dem Außenminister Dr. Stresemann geführten Besprechungen zu einem Umschwung in der Haltung der Fraktion geführt hätten, wird von deutschnationaler Seite entschieden widersprochen und betont, daß die Geschlossenheit der Fraktion bei der Ablehnung auch der Reichsbahnvorlage in keiner Weise erschüttert sei.

Inzwischen gehen die Verhandlungen der Führer der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen weiter. Auch die Deutsche Volkspartei hat für heute, vormittag 9 Uhr, eine Fraktionssitzung anberaumt, in der auch sie eine entscheidende Stellungnahme herbeiführen wird.

Der sozialdemokratische Ueberstürzungsversuch gescheitert.

26. Sitzung des Deutschen Reichstags,
Donnerstag, 28. August.

Die Erklärung der Deutschen Volkspartei.

In der Erklärung, die der Abg. Dr. Jarf im Namen der Deutschen Volkspartei abgab, sagte der Redner: Die Deutschnationalen haben Anträge eingebracht, wonach eine Reihe von Forderungen, deren Verwirklichung in London nicht gelungen ist, durch neue Verhandlungen erreicht werden soll. Auch wir verstehen die Enttäuschung über das ungureichende Ergebnis von London. Ob neue Verhandlungen die Begleitung bestehenden Meinungsverschiedenheiten erleichtern werden, ist unsicher; sicher dagegen ist, daß der deutschen Wirtschaft durch die monatelange Vergögerung ein ungeheurer Schaden erwachsen würde. Das ganze deutsche Volk ersehnt die Beteiligung der Ungewißheit, welche sein ganzes wirtschaftliches und soziales Leben lähmt. Die Industrie wie die Landwirtschaft warten sehnlichst auf die Zuführung der so notwendigen Kredite, um der schweren Krisis und der zunehmenden Arbeitslosigkeit zu begegnen. Ganz Deutschland wartet auf die Beseitigung der Zollgrenze am Rhein, auf die Wiederherstellung unserer Zoll-Linie im Westen, deren Fehlen täglich der deutschen Wirtschaft den schwersten Schaden zufügt, auf die Wiederherstellung der Einheitlichkeit unseres Eisenbahngebietes. Das Rheinland ersehnt dringend den ungehinderten Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet, die Befreiung von dem unerträglichen Druck widerrechtlicher Ordonnanzen, die Rückgabe der rheinischen Forsten, um endlich den Waldverwüstungen Einhalt tun zu können. Tausende von Ausgewiesenen erhoffen die Rückkehr, Hunderte von Gefangenen ihre endliche Befreiung. Die Verantwortung für eine weitere Hinausschiebung der vorgesehenen Fristen vermag die Deutsche Volkspartei nicht zu übernehmen. Wir haben dagegen eine Reihe von Anträgen und Entschließungen eingebracht, welche keine politischen Selbstverständlichkeiten enthalten, wie man gestern angedeutet hat, sondern die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes betreffen. Es ist ein Gebot dieser entscheidenden Stunde, erneut Protest gegen die Schuldlüge als Grundlage des Versailler Vertrages und des gegen uns seit fünf Jahren im Frieden geführten Krieges einzulegen. Es ist notwendig, die Befreiung des Ruhrreviers zu einem möglichst frühzeitigen Termin und die Schaffung von Rechtsgarantien für die Rheinlande, sei es durch Wiederherstellung der Interalliierten Rheinlandkommission in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung, sei es durch weitere Ausgestaltung des schiedsrichterlichen Gedankens, zu erzielen. Es muß festgestellt werden, daß die sämtlichen mit dem Gutachten zusammenhängenden Gesetze wieder außer Kraft zu treten haben, wenn der Anleiheplan nicht gelingt, und es ist endlich unerläßlich, deutlich festzulegen, daß die Regierung Mittel in der Hand hat, einer übermäßigen Belastung der Wirtschaft und der Arbeitskraft des deutschen Volkes entgegenzutreten. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei und die Sozialdemokratische Partei haben diese Anträge als Brücke für die Deutschnationale Partei bezeichnet. Diese Anträge sind bereits in unserer Fraktionssitzung am 21. August als notwendige Maßnahme für die Richtung der künftigen deutschen Politik beschlossen worden. Sie haben ihren Wert in sich; wenn sie darüber hinaus Brücken schlagen, auf denen die deutschnationale Volkspartei am Zustandekommen der Gesetze mitwirken kann, so liegt das im Gesamtinteresse des deutschen Volkes. Unsere Anträge sollen eine Platiform schaffen, auf die alle Parteien treten können, um zu zeigen, daß in Fragen der auswärtigen Politik eine weitgehende Uebereinstimmung der großen Parteien dieses Hauses und die gemeinsame Front besteht, die wir in der Vergangenheit so oft und so schmerzlich vermißt haben. Wir bedauern deshalb, daß Parteien dieses Hauses, obwohl sie die Richtigkeit unserer Gedanken anerkannt haben, gegen unsere Anträge gestimmt haben, vertrauen aber darauf, daß heute alle diejenigen, denen es um das Zustandekommen der Gesetze ernst ist, zustimmen werden und damit den festen nationalen Willen befunden, der allein den Wiederaufstieg Deutschlands verbürgt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung verlangt Abg. **Thälmann** (Komm.) Auflösung des Reichstags. Draußen bilden die Massen Spalier, um das Leichenbegängnis der Deutschen Republik mit anzusehen. Redner verliest eine Fraktionserklärung, in der es u. a. heißt: Im deutschen Volk soll ein ungeheuerliches Verbrechen verübt werden. In London ist über die beste Methode der Ausbeutung unseres Volkes durch den Kapitalismus beraten worden. Knebelung der deutschen Produktion, Massenarbeitslosigkeit, Elend und Teuerung der Lebensmittel sind die Folge, und solchen Vertrag wagt die Deutsche Regierung zu unterzeichnen. Zugleich wird die kommunistische Bewegung unterdrückt. Im Namen von drei Millionen siebenhunderttausend Arbeitern, Angestellten und Beamten lehnt die Kommunistische Fraktion den Londoner Vertrag ab, da er nicht einmal Sicherheit der Ruhrräumung bietet. Das Separatistengesindel wird begnadigt, nicht aber die anderen politischen Gefangenen in Deutschland. Die Hauptverantwortung trägt die Sozialdemokratie. Die Kommunistische Partei appelliert an die Arbeiterschaft, dieses Abkommen abzulehnen. Die Sozialdemokratie aber ist die Helfershelferin des internationalen Kapitalismus. Amerika will und nicht helfen, sondern das deutsche Volk ausplündern. Der Redner rühmt die Entwicklung in Rußland und erklärt, die Kommunisten freuten sich, wenn der Reichstag aufgelöst werden würde. Dann seien die Wahlversammlungen frei und die Kommunisten dürften dem Volk die Wahrheit mitteilen. Als Redner der Regierung Freche heit und Dreistigkeit vorwirft, erklärt Vizepräsident Dr. Bell das als parlamentarisch unzulässig. Als der Abg. Thälmann gleich darauf von Brutalität der Regierung spricht, wird er zur Ordnung gerufen.

Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.)

wirft der Regierung Verschleierung der Lage und zugu starkes Appellieren an Gefühle vor. Die Minister hätten erklärt, daß sie in London kaum geschlafen und gegessen, sondern Tag und Nacht gearbeitet hätten. Das sei doch das Mindeste, was man von einem Minister verlangen könne. Herr Marx habe vor zwei Jahren gesagt, jede Obrigkeit sei von Gottes Gnaden. Da Marx inzwischen Reichskanzler geworden sei, so hatte er sich wohl nun auch für von Gottes Gnaden. (Zuruf links: Machen Sie doch nicht solche Witze.) Warum soll ich nicht für ein wenig Heiterkeit in dieser ernsten Zeit sorgen. Von Gottes Gnaden ist wohl auch Ebert, der ausnahmsweise seit zwei Jahren keine Munitionsarbeiterstreiks mehr organisiert. (Stürmische Zustimmung bei den Nationalsozialen.)

Vizepräsident Dr. **Bell** rügt solche Angriffe auf den Reichspräsidenten als unparlamentarisch. (Großer Lärm bei den Nationalsozialen.)

Redner gibt zum Schluß eine

Erklärung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei

ab, in der es heißt: Die Nationalsozialistische Freiheitspartei erklärt, daß sie und die hinter ihr stehende völkische Bewegung die auf dem Dawes-Gutachten beruhenden, dem deutschen Volke auferlegten **Verpflichtungen nicht anerkennt**, insbesondere diejenigen nicht, welche **Geldverpflichtungen** gegenüber den sogenannten Gläubigern von seiten des deutschen Volkes darstellen sollen. Die Weltgläubiger mögen sich klar machen, daß die der deutschen Bevölkerung **unter moralischem Zwange** unter Vorspiegelung falscher Tatsachen abgenötigten Obligationen usw. im Zukunft vom deutschen Volke **als wertloses Papier** behandelt werden. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei betrachtet nach einer Ablehnung des Dawes-Gutachtens die **ausländischen Kommissare** und alles was zu ihnen gehört, **nicht als legal**, sondern als **feindliche Eindringlinge, für deren persönliche Sicherheit keine Gewähr übernommen werden kann.** Die Nationalsozialistische Freiheitspartei erklärt ihre **Bereitschaft zu ratenmäßiger Abzahlung einer festzusetzenden, die deutsche Zahlungsfähigkeit nicht überschreitenden Summe.** Die Frage der Schuld und der Verantwortlichkeit am Weltkriege müßte international aufgeworfen und unter unparteiischer Leitung geklärt werden. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei erklärt schließlich: Rettung und Freiheit kann dem deutschen Volke nur aus sich selbst kommen. Rettung und Freiheit liegen allein und ausschließlich in einer grundstürzenden, grundlegenden, völkisch sozialen Neuorientierung des deutschen Volkes und Staates. Nach außen liegt, unter Voraussetzung einer völkisch sozialen Politik, die deutsche Zukunft nach Osten, nicht nach Westen.

Abg. Schiffer (Dem.): Die Methode des Vorredners in der Behandlung des Gegenstandes entspricht doch wahrlich nicht der weltgeschichtlichen Bedeutung des letzteren, der eine rein parteipolitische Kritik und Würdigung einfach nicht verträgt. Was soll hier überhaupt die negative Kritik? Es ist doch Tatsache, daß keine Partei von dem Londoner Abkommen befriedigt ist, daß es ungeheure Mängel aufweist. Auf die großen Worte verzichten wir, aber wir haben auch unserseits gleichfalls das volle nationale Empfinden gegenüber den Mängeln, Lücken und Gefahren des Londoner Paktes. Jetzt kommt es darauf an, was wird, wenn wir ablehnen. In dieser Richtung hat der Reichsfinanzminister der Volksvertretung mit aller Deutlichkeit Aufklärung gegeben und er hat nicht etwa schwarz in schwarz gemalt. Die weitaus größte Mehrheit des deutschen Volkes will kein neues Experiment, will nicht die Ungewißheit einer neuen Konferenz mit noch ungewissem Ausgange. Wer das Gutachten annimmt ist nach Amerika auffassung ein Freund der Ordnung und des Friedens, und Amerika nimmt für sich unter den obwaltenden Umständen mit Recht in Anspruch, daß, wie ohne Amerika der Krieg nicht zu gewinnen war, auch ohne Amerika der Frieden nicht zustande gebracht werden wird. Lehnen wir ab, uns in die Hände der Dawes'schen Bankiers zu geben, so werden wir den Winkelbankiers, den zweifelhaften Elementen der Bankierwelt in die Hände fallen. Gewiß ist auch der Dawesweg gefährlich, aber er ist doch ein Weg, der in die wirtschaftliche und damit im Laufe der Jahre auch in die politische Freiheit zurückführen kann. Der Sanierungsprozeß der deutschen Wirtschaft ist noch nicht vollendet. Die Rentenmark war der erste Akt der Stabilisierung unserer Währung; die Annahme des Abkommens stellt den zweiten Akt dar. Die deutsche Wirtschaft zu retten, müssen wir auf das Abkommen gehen, aber nicht nur auf die andern, sondern auch auf uns selbst vertrauen. Mit diesem Vertrauen in uns selbst werden wird auch die Zukunft gewinnen! (Beifall b. d. Demokraten.)

Abg. Dr. **Pfleger** (Bayer. Vpt.) stimmt den Gutachtengesetzen mit Rücksicht auf die Lage in den besetzten Gebieten, insbesondere auch der Pfalz, zu. Die Zustimmung zum Reichsbahngesetz erfolge trotz lebhafter Bedenken.

Abg. **Albers** (Wirtsch. Vgg.) erklärt, wir ständen unter einem Zwange und müßten daher das Londoner Abkommen annehmen.

Abg. **Kunze** (Deutschsozial) lehnt das Gutachten ab, weil es für die internationale jüdische Hochfinanz nur das Mittel bedeute, das deutsche Volk in enge Knechtschaft zu führen. Die Folge werde der fürchterlichste Volksbankrott aller Zeiten sein. Und das alles, um den Wert einer Kartoffelschale einzutauschen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Auf Vorschlag des Vizepräsidenten Dr. **Rießer** wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten die Spezialberatung vertagt. (Rufe der Kommunisten: Schiebung! Kuhhandel!)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. **Quaatz** (Dnatl.) verliest das Gutachten einiger Fachleute, zu denen er selbst gehörte. Er will damit beweisen, daß diese Vorschläge zur Privatfinanzierung der Bahnen durchaus gemeinnützig waren. (Abg. Hölein, Komm.: Und Stinnes?) Richten Sie Ihre Angriffe gegen mich und lassen Sie diesen großen Mann, eine Zierde seines Landes, im Grabe ruhen! (Beifall rechts.)

Abg. **Koch** (Dem.) stiftet eine Rede des Abg. Grafen Reventlow, um nachzuweisen, daß dieser für ein militärisches Zusammengehen mit Rußland eingetreten sei.

Ein Mißtrauensvotum der Nationalsozialisten.

Vizepräsident Dr. **Rießer** teilt mit, daß Abg. v. Graefe (Nat.-Soz.) folgenden Antrag eingebracht hat: „Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags."

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Freitag, 10 Uhr vormittags.

Ueber die Tagesordnung entspinnt sich eine einstündige Geschäftsordnungsdebatte. Gegen die Stimmen der Koalitionsparteien und der Bayerischen Volkspartei wird die Amnestiefrage auf die Tagesordnung gesetzt. Vorher: Freifahrtkarten, Fortsetzung der dritten Beratung der Dawes-Gesetze, Angelegenheiden der besetzten Gebiete.

Schluß 7 Uhr.

Amerika und die Londoner Konferenz.

Von

Virgil Jordan, New-York.

Nachstehenden Artikel des Verfassers, der Anhänger des Volksbundgedankens ist, bringen wir, weil er für unsere gegenwärtige politische Debatte besonderes Interesse besitzt.

(FPS) Die Londoner Konferenz hat dem amerikanischen Volk allgemein darüber die Augen geöffnet, was bis dahin nur wenige unter ihm als unvermeidlich erkannt hatten, daß es für die Vereinigten Staaten notwendig war und ist, an den europäischen Angelegenheiten Anteil — und zwar tätigen Anteil — zu nehmen. Jetzt setzt sich die Erkenntnis durch, daß der Dawes-Plan nicht etwa der kluge und praktische Vorschlag eines unbeteiligten Amerika gewesen ist, dem es gleichgültig sein konnte, ob er angenommen oder verworfen werden würde. Die amerikanische Oeffentlichkeit sieht jetzt klarer als damals, wo der Plan in Vorschlag gebracht wurde, daß er die Union nicht nur in die wirtschaftlichen Sorgen der europäischen Länder unmittelbar und wichtigend verstrickt, sondern auch in deren politische Angelegenheiten. In dieser Beziehung ist der Dawes-Plan nichts als ein Ersatz für den Völkerbund, dem direkt beigetreten der Union durch ihre innerpolitische Konstellation verwehrt ist, und er bringt eine Art von „foreign entanglements" mit sich, die viel weiter gehend und schwerer wiegend sind, als selbst amerikanische Befürworter des Beitritts zum Völkerbund sich hatten träumen lassen.

Sieht man von der Form der Beteiligung Amerikas ab, so muß immer wieder gesagt werden, daß diese Beteiligung, sowohl von der amerikanischen wie der europäischen Situation aus beurteilt, unvermeidlich geworden war; ob die amerikanischen Befürworter des Beitritts der Union zum Völkerbund oder zum Internationalen Gerichtshof mit einer solchen Form der Beteiligung gerechnet haben, ist eine andere Frage, genau so gut wie die, ob nicht ein vor längerer Zeit erfolgter Beitritt zum Völkerbund besser gewesen wäre. Die Londoner Konferenz hat den europäischen Völkern klar gemacht, daß ohne politische Begleiterscheinungen eine wirtschaftliche Unterstützung von Seiten Amerikas nicht möglich ist, und sie hat Amerika dargetan, daß es eine effektive politische Teilnahme an einer europäischen Regelung nicht durchführen kann, sofern nicht eine wirtschaftliche Hilfeleistung damit Hand in Hand geht; die Frage, ob der politische oder der ökonomische Zweig zu den europäischen Angelegenheiten der stärkere und vernünftigere ist, — diese Frage, die im Mittelpunkt des ganzen Konflikts um den Völkerbund gestanden hat — ist durch die Londoner Konferenz jetzt hinfällig geworden.

Der Dawes-Plan, über den kaum jemand hinausgudenken scheint, da er eben die letzte Rettungsmöglichkeit darstellt, verlangt tatsächlich, daß amerikanischerseits nur die 200-Millionen-Dollar-Anleihe aufgebracht wird, die erforderlich ist, um die Maschinerie in Gang zu setzen, sondern daß von darüber auch der weitere Kapitalszufluß komme, der zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt nötig ist. Das ist zweifellos für Amerika mit seinem gegenwärtigen Kapitalsüberfluß so erwünscht, wie es für Europa notwendig ist. Aber die amerikanische Finanz ist nicht gewillt, dieses Kapital ohne bestimmte Sicherheiten hergeben, und diese Sicherheiten sind nicht so sehr sichtbare Unterpfänder, sondern politische Verpflichtungen. Wenn die alliierten Mächte darauf eingehen, so würde dies das politische Gleichgewicht in Europa in die Hand der Vereinigten Staaten legen, bis zu einem solchen Grade, daß sie die Alliierten von politischen und militärischen Maßnahmen gegen Deutschland abhalten könnten, während sie ihrerseits genötigt werden könnten, die Aufgabe, einen solchen Druck auszuüben, selbst zu übernehmen. Das ist im Grunde das, worauf auch der Beitritt zum Völkerbund hinausgelaufen wäre — und vielleicht ohne diese drastischen und möglicherweise unangenehmen Folgen.

Die Beratungen der Londoner Konferenz haben sich zu der Frage der Ausbalancierung der Sicherheit für die amerikanischen Anleihen gegen die Sicherheit für Frankreich zugespitzt; für keine von beiden gab es einen Kompromiß, und der einzige Ausweg aus dem Dilemma bestand für die Vereinigten Staaten darin, beide Verpflichtungen zugleich auf sich zu nehmen. Sie können Sicherheit für ihre Anleihen nur erhalten, indem sie für Deutschlands Interessen eintreten, und sie können Frankreich Sicherheit und Reparationen nur garantieren, indem sie andere Sanktionen für die alliierten Reparationsansprüche versprechen, als die militärischen Drohungen seitens Frankreichs. Dies ist, grob gesprochen, das Ergebnis.

Die Konsequenzen sind für die Vereinigten Staaten selbst nicht weniger wichtig als für die europäischen Staaten. Für erstere werden sich die nächsten Folgen in der innerpolitischen Konstellation bemerkbar machen. Im Grunde gibt es gegenwärtig keine innerpolitische Frage von Bedeutung, die die Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Parteien lohnen würde. Zwischen ihnen verbleibt nur die Frage der auswärtigen Beziehungen und das heißt: Teilnahme am Völkerbund oder am Internationalen Gerichtshof. Die republikanische Partei durch ihre Bereitwilligkeit, dem Gerichtshof beizutreten, und die Regierung durch ihr Ein-